

## Tagung

# „Gemeinsam für Ausbildung – wie ehrenamtliche Akteure beim Übergang von Schule zu Beruf unterstützen (können)“

16. April 2015 in Berlin

---

## Werkstatt 1 - Protokoll

Vernetzte Aktion I – Zivilgesellschaft und KMU gestalten in Zusammenarbeit Ausbildungszugänge

*Welche Modelle der Zusammenarbeit bestehen bereits bzw. sind denkbar? Welche Synergieeffekte entstehen, wo liegen die Grenzen der Zusammenarbeit?*

Protokollant: Philipp Schädler, BfDT

Die Werkstatt wird von Breschkai Ferhad ([Bürgerstiftung Berlin](#)) moderiert. Ute Boldt ([Initiative VerA – Stark durch Ausbildung, Senior Experten Service](#)), Christoph Bex ([RheinFlanke gGmbH](#)) und René Mühlroth ([Unternehmensnetzwerk Großbeerenstraße e.V.](#)) stellten jeweils Ihre Initiative/ ihre Arbeit als ein gutes Beispiel aus der praktischen Arbeit vor.

Ziel der Werkstatt sei es, die Herausforderungen, Bedürfnisse sowie Lösungsvorschläge zum Thema Ausbildungsplätze in KMUs zu erarbeiten. Auf der einen Seite gebe es einen Fachkräftemangel bei Unternehmen und auf der anderen Seite viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. In der Werkstatt solle ergründet werden wie dieses Problem gelöst werden könne. Dabei solle insbesondere die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Verbesserung von Ausbildungszugängen diskutiert werden.

Zunächst stellen sich die Teilnehmenden der Werkstatt kurz vor. Teilnehmende Organisationen sind u.a.: Jugendsprachen Begegnungszentrum, Rheinflanke, THW Jugend, SES - VerA, Bundesnetzwerk Schule-Ausbildung, BQN, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Programm Futur), Jugendverband christlicher Arbeiterjugend oder das Bundesinstitut für Berufsbildung (Programm Bildungsketten).

Die Impulsvorträge und die darauffolgenden Diskussionen verdeutlichen mehrere Probleme im Ausbildungsbereich. So wird die Schwäche kommunaler Strukturen hervorgehoben: Ein Ansprechpartner auf kommunaler Ebene wäre wichtig, um die Ausbildungsplatzvergabe zu verbessern. Die Finanzschwäche vieler Kommunen (Bsp. Berlin) verhindere jedoch eine Stärkung. Dennoch müsse auch überregional gearbeitet werden. Die Rolle Ehrenamtlicher sei ein weiterer zentraler Diskussionspunkt. So wird von der Gruppe die in Teilen fehlende Zuverlässigkeit und Professionalität kritisiert. In bestimmten Bereichen der Ausbildungsförderung sollten demnach keine ehrenamtlichen

Helfer eingesetzt werden, hier brauche es auch den Rahmen aus Hauptamtlichen. Seitens der Unternehmen fehle das Vertrauen in die externe Unterstützung. Jedoch sei der Fokus auf die Person des/der Auszubildenden einseitig, da es ebenfalls qualitative Mängel in den Unternehmen selbst gebe.

Für die genannten Probleme kam es zu mehreren Lösungsvorschlägen von Seiten der Teilnehmenden. So müsse es zu einer generellen Professionalisierung sowohl der sozialen Träger als auch der Unternehmen kommen. Auch müsse die Vermittlung von Ausbildungsplätzen als Dienstleistung für die Unternehmen verstanden werden – nur so würden diese das Angebot sozialer Träger annehmen. Auch müsse eine bestimmte Mindestgröße der sozialen Träger vorhanden sein, um effizient arbeiten zu können. Ebenfalls sei eine Beteiligung der Unternehmen bei der Entwicklung von Konzepten notwendig, damit diese bedarfsorientiert und nachhaltig umgesetzt werden können. Die Studie „Gestaltung individueller Wege in den Beruf“ von Ursula Bylinski<sup>1</sup> wird als Lektüre empfohlen. Wichtige Punkte darin seien die betriebliche Fortbildung, die Zusammenarbeit und die Vernetzung von Sozialpädagogen, Lehrenden und Auszubildenden, um die Lücke zwischen Schule und Ausbildung zu schließen. Um neue Auszubildende zu erreichen, müsse letztendlich auch über neue Konzepte der Jobvermittlung nachgedacht werden, da über Jobmessen viele Jugendliche nicht erreicht werden könnten.

---

## Werkstatt 2 - Protokoll

### Vernetzte Aktion II – Eltern, Schulen und Behörden arbeiten zusammen

*Bestehen förderliche Kooperationen zwischen den Akteuren? Welche Möglichkeiten schafft eine Zusammenarbeit bzw. auch nicht? Was ist die Rolle der einzelnen Partner/-innen?*

Protokollantin: Patricia Velicu, BfDT

Die Werkstatt wurde von Alicja Kunzika, BfDT, moderiert. Tatjana Stark ([Kinder- und Familienhilfezentrum, Sprungbrett e.V.](#)) und Dr. Alexei Medvedev ([Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V. / Projekt Schulmentoren](#)) stellten ihre Projekte/ ihre Arbeit vor. Dabei veranschaulichten sie die positiven und negativen Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und Behörden.

Das Ziel beider Projekte war es, den Eltern der Schüler/-innen eine umfassende Beratung über die beruflichen Perspektiven ihrer Kindern nach der Schule vor Ort anzubieten, damit jeder einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf schafft. Die Eltern sind einer der wichtigsten Akteure in diesem Übergangsprozess, denn sie spielen eine zentrale Rolle in der Berufswahl ihrer Kinder. Die meisten Eltern mit Migrationshintergrund haben unterschiedliche Schwierigkeiten, die Funktionsweise des deutschen Bildungssystems zu verstehen. Deshalb war das Hauptziel der Projekte, die Eltern erstmals zu erreichen (unabhängig von Barrieren wie Sprache oder Interesse an Bildung), sie zu informieren und sie mit unterschiedlichen Institutionen und Akteuren zu vernetzen. Obwohl beide Projekte eine ähnliche Zielsetzung hatten, unterschieden sie sich bei der Durchführung.

Das Hauptproblem des ersten Projekts war die Zusammenarbeit mit der Schule, die als Hauptblockade in der Kooperation zwischen Eltern, Schulen und Behörden dargestellt wurde. Diesem Problem waren auch andere Teilnehmende der Werkstatt bereits begegnet, sodass eine interessante Debatte um das Thema Schule als Blockierer in der Kooperation entstand. Viele Teilnehmenden hatten ihre Projekte und Angebote in Schulen vorgestellt und wurden, zumindest am Anfang, abgelehnt. Die Werkstattteilnehmenden erklärten, dass die Schule ein wichtiger Akteur ist, sie aber auch in Teilen ein sehr geschlossenes System und daher schlecht erreichbar sei, sodass eine Kooperation meist nur durch die Hilfe engagierter Lehrender entsteht. Ein Repräsentant der Schulbehörde aus Hamburg erklärte, dass die Schulen zu viele Projektvorschläge bekommen und, dass hauptsächlich ein

---

<sup>1</sup> [https://www.wbv.de/shop/themenbereiche/bildungs-und-sozialforschung/shop/detail/name/\\_/0/1/111-063w/nb/0/category/970.html#.VTDj1mNAeUF](https://www.wbv.de/shop/themenbereiche/bildungs-und-sozialforschung/shop/detail/name/_/0/1/111-063w/nb/0/category/970.html#.VTDj1mNAeUF)

Managementproblem bestehe. Eine der Schlussfolgerungen aus der Diskussion war, dass die Schulen eine Koordinationsperson brauchen, die für die Auswahl und Durchführung dieser Projekte zuständig ist und als Ansprechperson fungiert. Eine andere Alternative die zu einer besseren Kooperation mit der Schule führt, ist, ein operativer Partner der Schulbehörde zu werden, sodass dieser die Kontakte zur Schule herstellt und konkrete Rahmenbedingungen schafft. Ebenfalls ist es wichtig, Kooperationsverträge mit den Schulen abzuschließen, um Transparenz und die genannten konkreten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die größte Herausforderung der beiden Projekte ist es, die Nachhaltigkeit nach dem Ende der Förderung zu gewährleisten. Das schien ein Problem zu sein, dem alle Teilnehmenden begegnet sind, denn es bestehen fast keine Möglichkeiten, ein Projekt weiterzuführen wenn es keine Fördermittel gibt.

Natürlich wurden auch die Erfolge der Projekte präsentiert. Obwohl es Probleme bei der Kooperation mit der Schule gab, wurden die Eltern erfolgreich erreicht. Ebenfalls wurde ein Netz von Multiplikatoren aufgebaut, das Einzelpersonen, sowie Institutionen umfasst. Einer der wichtigsten Erfolge des zweiten Projekts war die aktive Mitarbeit der Schule, dank der operativen Kooperation mit der Schulbehörde.

---

## Werkstatt 3 - Protokoll

### Vernetzte Aktion III – Zivilgesellschaft und Kommunen schaffen Chancen

*Welche politischen Rahmenbedingungen wirken unterstützend? Wie kann die Zivilgesellschaft darauf Einfluss nehmen? Wo und wie können Kommunen mit ehrenamtlichen Akteuren vor Ort zusammenarbeiten?*

Protokollant: Niklas Gantenberg, KAS

Die Werkstatt wird von Katharina Senge (Konrad-Adenauer-Stiftung) moderiert. Mustafa T. Cakmakoglu ([Integrationsbeauftragter im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf](#)) und Christiane Eck ([Interkulturelles Zentrum gGmbH Mannheim](#)) stellten ihre Arbeit als ‚best practice‘-Modelle in ihren Bereich vor.

Mustafa T. Cakmakoglu kam 1976 nach Berlin mit dem Ziel die türkische Gemeinde zu unterstützen. Er weist ein langes kommunales Engagement für die ehrenamtliche Unterstützung von Jugendlichen auf und gründete im Zuge dessen auch mehrere Vereine.

Christiane Eck, Koordination Beratungsstelle Übergang Schule-Beruf, Interkulturelles Zentrum gGmbH Mannheim stellte das ikubiz vor, welches vor allem durch sein gut ausgebautes und sich stets weiterentwickelndes Netzwerk beeindruckte. Eine ihrer erfolgreichsten Strategien ist hierbei die jahrzehntelange Kontinuität, weshalb das Zentrum sehr gut mit Kommunen, Schulen und Unternehmen in der Region zusammenarbeitet.

Die Gruppendiskussion fand größtenteils auf zwei Ebenen statt:

1. Ebene - Wie der Übergang von der Schule in den Beruf gut funktionieren kann.
2. Ebene - Wie die Zusammenarbeit und koordinierende Funktion der Kommunen dabei helfen kann.

Die Träger sollten mit den „Kunden“ das Angebot und daher auch die Dienstleistungen gemeinsam konzipieren. Eine solche bedarfsorientierte Arbeit würde schneller Anknüpfungspunkte schaffen und dafür sorgen, dass die attraktiven Angebote auch genutzt werden.

Eine frühzeitige und altersgerechte Berufsorientierung ist sehr wichtig. Die Begleitung und das Mentoring der Jugendlichen sollte ab der 7. Klasse beginnen, da in den folgenden zwei Jahren, bis zur 9. Klasse, unterschiedliche Ebenen bearbeitet werden können, welche die berufliche Orientierung fördern.

Die Eltern müssen und sollten mehr einbezogen werden. Damit die Partizipation der Eltern gesteigert wird, sollte es Mitarbeiter geben, welche sprachlich auf die Eltern zugehen können. Interkulturelle Kompetenz und Offenheit sowie die Entwicklung einer Kultursensibilität sind in diesem Fall unabdingbar.

Unternehmer und Träger müssen verstärkt miteinander in Kontakt treten.

Dabei gilt es:

- Zuerst Unternehmen zu akquirieren und dafür zu werben, dass sie ausbilden.
- Daraufhin ein passendes Matching (zwischen einem Jugendlichen und einem Unternehmen) zu finden.
- Schließlich mit dem Mentoring und Begleiten (empfehlenswert ist hierbei das 1:1 Verhältnis von Mentor zu Mentee) fortfahren.

Empfehlungen sind daher:

- Dauerhafte Regelung der Finanzen,
- Koordinierung der Trägerstruktur,
- Orientierungspunkte für Unternehmen und Schulen,
- Entstehung und Erweiterung von Netzwerken,
- Klare und eindeutige Zuständigkeiten, wobei alle Beteiligten trotzdem zusammen arbeiten müssen.

Klare Forderung: Das Ehrenamt braucht Hauptamt.

---

## Rückblick

Im Rückblick wurden die Ergebnisse der 3 Werkstätten zusammengefasst.

Werkstatt 1 stellte sich insbesondere der Problematik der Trägeranfragen an Unternehmen und der Frage, wie durch Unterstützung durch soziale Trägerschaften ein Mehrwert für die Unternehmen entstehen könne. Dazu müsse mit einem ganzheitlichen Ansatz gearbeitet werden, der alle Akteure einbezieht. Insgesamt gebe es politischen Handlungsbedarf bei der Stärkung der Kommunen für die Schaffung nachhaltiger Strukturen. Auch die Fortbildung der Auszubildenden sei ein wichtiger Schritt, um die Effizienz und den Erfolg der Ausbildung zu gewährleisten. Dadurch könne man die fehlende Aufnahmebereitschaft der Unternehmen bekämpfen.

In Werkstatt 2 wurde der schlechte Kontakt zwischen sozial-engagierten Trägerschaften und den Unternehmen einerseits, sowie mit den Schulen andererseits als Hauptproblem des Übergangs von der Schule in die Ausbildung erkannt. Die mangelnde Flexibilität sowie das geschlossene System der Schule verhindere in Teilen eine Besserung der Lage. In Einzelfällen seien aber durchaus gute Handlungsansätze vorhanden. So sei das KiFaZ in Mannheim und die bestehenden Strukturen dort vorbildlich für den Themenbereich Schule-Ausbildung. Schulmentoren sind ebenfalls ein guter, bereits vorhandener Ansatz für die Übergangsproblematik. Wie auch in Werkstatt 1 festgestellt, fehlten aber nachhaltige Strukturen für eine dauerhafte Problemlösung. Wichtig sei aber neben Strukturmaßnahmen auch die Einbindung der Eltern, da diese entscheidend auf den Bildungserfolg der eigenen Kinder Einfluss haben.

In Werkstatt 3 stand die Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft im Vordergrund. Frühzeitige Berufsorientierung (ab 7. Klasse) wurde als erfolgreiche Strategie hervorgehoben. Ebenso sei die Inklusion der Eltern durch interkulturelle Kompetenz wichtig. Dauerhafte Finanzierung würde die Nachhaltigkeit der Maßnahmen gewährleisten. Es wurde festgehalten, dass ehrenamtliche Tätigkeiten nur in Verbindung mit kommunaler Koordination zielführend eingesetzt werden könnten.

---

## **Ausblick**

Auf der Veranstaltung konnten sich Experten/-innen aus unterschiedlichen Bereichen und aus dem ganzen Bundesgebiet miteinander vernetzen und erfolgreiche Strategien und Modelle anderer kennenlernen. Dadurch entstand ein Synergieeffekt. Die ehrenamtliche Perspektive müsse weiterhin berücksichtigt werden. Ein Beispiel dafür seien Projektmanager/-innen an Schulen oder feste Ansprechpersonen in den einzelnen Themengebieten. Nicht zuletzt sei das ‚Networking‘ auf der Veranstaltung Grundlage für weitere Zusammenarbeit der Teilnehmenden.